

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsgebern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pf., (halbjährlich 12 Mark 20 Pf.) durch die Post bezogen monatlich 2 Mark 20 Pf. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft (Schiffbau) Geschäftsleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsp. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal geschnittene Anzeigenzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamespalte einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,25 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen besonderer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Sonnabend, den 21. Mai 1927

Nummer 118

## Verfärbte Kriegsgefahr!

### Vor dem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen

#### Die Kriegstreiberien im Londoner Kabinett

London, 20. Mai.

Zwischen den Mitgliedern des englischen Kabinetts fanden heute eingehende Besprechungen über die Frage der künftigen Beziehungen Großbritanniens zu Sowjetrußland statt. Die Besprechungen werden während des ganzen Wochenendes andauern. In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß gegenwärtig die Frage im Vordergrund stehe, ob den Arcos-Entscheidungen ein völliger Abbruch der Beziehungen folge, oder ob man sich mit weniger scharfen Maßnahmen begnügen werde. Der Entwurf der Antwortnote an die sowjetrussische Regierung ist bereits fertiggestellt und wird dem Kabinett in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden. In politischen Kreisen beschäftigt man sich mit der Frage, ob das Kabinett, wenn ein Abbruch der Beziehungen mit Rußland beschlossen werden sollte, ohne Befragen anderer Mächte vorgehen werde. Man erklärt zuversichtlich, daß es in diesem Falle so gut wie sicher sei, daß Frankreich und auch Italien dem englischen Beispiel folgen würden. In rechtskonservativen Kreisen wird weiter darauf hingewiesen, daß nachteilige Wirkungen für den englischen Handel durch einen Abbruch der Beziehungen mit Sowjetrußland kaum zu befürchten seien, da das Beispiel Amerikas zeige, daß auch ohne diplomatische Beziehungen gute Handelsbeziehungen mit Rußland möglich seien.

Das Kabinett wird am kommenden Dienstag zu einer Vollversammlung und zu einer Sonder Sitzung zusammenkommen, um die Unterhausrede des Innenministers über die Arcos-Durchsicht zu diskutieren. Die gegenwärtige Auffassung geht dahin, daß der Erklärung des Innenministers eine weitere Erklärung Chamberlains über die Absichten der Regierung folgen werde.

Falls die weitere Festlegung der Dokumente den durch die erste Unterhausrede hervorgerufenen Eindruck bestätigen sollte, werde die Regierung nach rechtskonservativer Auffassung wahrscheinlich ihren Entschluß ankündigen, den Handelsverkehr mit Rußland zu kündigen und möglicherweise auch die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Die Meinung für einen Abbruch der Handels- und schließlich auch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland hat sich sowohl im Kabinett als auch in der konservativen Partei außerordentlich verstärkt. Wenn aber gegenwärtig mit besonderem Nachdruck von dem Abbruch der Beziehungen gesprochen wird, so ist dies zweifellos zum großen Teil auf parteipolitische Gründe zurückzuführen.

Der Berichterstatter des Berliner Tageblattes drahtet seiner Zeitung aus London: Eine endgültige Entscheidung, ob die Beziehungen der englischen Regierung zu den Russen abgebrochen werden sollen oder nicht, ist bis jetzt nicht gefallen. Der Widerstand des Auswärtigen Amtes gegen den Abbruch scheint aber nachgelassen zu haben. Das Innenministerium drängt auf Abbruch. Der gewöhnlich gut orientierte New Spapman stellt die

Lage so dar, daß man in der russischen Frage zum erstenmal einig sei und auch mit der französischen Regierung eine baldige Verständigung gegen die Sowjetunion finden würde. Diese Meldung wird von der anderen Morgenpresse bestätigt. Der Lokalanzeiger weiß zu melden, daß in der Rheinlandsbelegungsfrage England den französischen Standpunkt unterstütze und es ist durchaus möglich, daß daraufhin die französische Regierung den englischen Standpunkt in der russischen Frage ihrerseits unterstützen wird, d. h. den Abbruch der Beziehungen mitmacht. Damit ist die Kriegsgefahr und die Gefahr einer Wirtschaftsblockade Rußlands äußerst gestiegen.

Die Absicht des Arcosüberalles ist jetzt für jedermann klar. Material wurde nicht gefunden. Der englische Innenminister mußte vor dem Unterhaus zweimal kneien. Er war nicht in der Lage, eine Begründung für den frechen Überfall zu geben. England will den Krieg mit Rußland. In China ist durch den Verrat Tschangkaichangs der Druck auf England vorübergehend gemindert. Die englischen Tories wissen aber, daß diese für sie günstige Situation nicht lange anhält. Sie verfahren deswegen die Lage. Sie zogen den Vertreter bei der Wuhan-Regierung zurück. Jetzt soll der Angriff gegen Rußland schnellstens durchgeführt werden. Die in den Kolonien gärende Bewegung für die der Zustand auf den Philippinen ein deutliches Zeichen ist, treibt die englischen Imperialisten zur raschen Entfaltung eines Weltbrandes. Die inneren Schwierigkeiten sollen durch eine Kriegsstimmung überunden werden. Die Lage ist bedrohlich ernst. Die englischen Kapitalisten haben ein Bündnis mit den französischen abgeschlossen. Konzessionen im Ruhrgebiet, Aufrechterhaltung der Belagerung, dafür wird Frankreich mit gegen Rußland stehen. Mit Italien waren die Konzessionen im Mittelmeer schon abgeschlossen. Die Lage ist deswegen so ungeheuerlich, weil jetzt politisch zwei große kriegstreibende europäische Staaten, England und Frankreich, und dazu Italien, zum Angriff auf die Sowjetunion bereit sind. Die Auswirkungen dieses Abkommens zeigen sich auch in Genf, wo man der russischen Delegation ebenfalls mit Propaganda antwortet, wo man die Berechtigung des sowjetrussischen Aufbaues nicht anerkennen will.

Was werden die deutschen Kapitalisten unternehmen? Die KPD schrieb schon vor einigen Tagen von der veränderten Weltlage, von der englisch-französischen Front auch gegen Deutschland. Nun, mit diesen Reden versuchen die deutschen Kapitalisten das Unheil abzuwenden, den Bankrott in der Kautzungsfrage aufzuhalten oder zu verfrachten. Aber die deutsche Arbeiterklasse darf sich keiner Täuschung hingeben. Die deutschen Kapitalisten stehen in einer Front mit den englischen und französischen. Die Arbeiterklasse darf nicht zögern. In gewaltigen Massenkundgebungen muß sie ihren einheitlichen Willen gegen den imperialistischen Krieg bekunden. Kein Betrieb, kein Ort darf in den nächsten Tagen ohne Abwehr- und Gegenkundgebung bleiben. Die Kriegspromotion der englischen Tories muß von der gesamten Arbeiterklasse niedergeschlagen werden.

Hände weg vom Land der Arbeiter und Bauern!  
Nieder mit dem imperialistischen Krieg!

#### Aufmarsch der Werktätigen!

Dresden, den 21. Mai.

R. R. Heute und morgen treten hier die Delegierten der Werktätigen Sachsens zu einem Kongreß zusammen, um über ihre wirtschaftliche Lage und die Maßnahmen zu beraten, die zur Besserung derselben getroffen werden müssen. Dieser Kongreß wird, wie der große Reichskongreß der Werktätigen in Berlin Zeugnis von der wachsenden Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes gegen die herrschende kapitalistische Klasse ablegen. Arbeiter aller Parteien, Richtungen senden ihre Vertreter, Kleinbauern und Mieterorganisationen, Kleingewerbetreibende, Beamte und Intellektuelle treten zusammen, um die gemeinsame Kampffront herzustellen. Der Zusammentritt des Kongresses erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo durch die frechen Provokationen der englischen Imperialisten die Gefahr eines Weltbrandes herauf beschworen wird, wo in Genf die Vertreter der internationalen Arbeiterklasse die verstärkte Nationalisierung und deren Ausdehnung auf die Kleinbetriebe und die Landwirtschaft ankündigen. Neue Massen von Arbeitern sollen erwerbslos auf die Straße geworfen, der Not und dem Hunger preisgegeben werden. Die kleinen Betriebe sollen vernichtet, der Besitz der kleinen Landwirte verstaatlicht werden, das ist der Sinn der Nationalisierungs-erklärung, die in Genf angekündigt wurde.

Die deutsche Bürgerblockregierung droht mit einer neuen Anspannung der Steuerkräfte. Rahmengesetze für Grund- und Gewerbesteuer werden angekündigt, die den kleinen Handwerker und Bauern härter belasten, die Warenpreise verteuern werden. Die wucherischen Geschäfte der Roggen-Rentenbank, die die Schulden, meist kleine Bauern zwingt 45 bis 100 Prozent Zinsen aufzubringen, so daß der kleine Landwirt sich nur für die Bezahlung der Wucherforderungen schaden muß, werden von der Bürgerblockregierung direkt unterstellt. Die Bürgerblockregierung, die den Großgrundbesitzern 300 Millionen Kredite zur Anschaffung von Traktoren gegeben, hat es abgelehnt — gegen den Wucher der Roggenbank einzuschreiten. Wenn der Landwirt, durch Wucherzinsen und hohe Steuern ausgepreßt, dann nicht in der Lage ist, seine Gebäude instand zu halten, verhängen die Amtshauptmannschaften die Zwangsversteigerung über die Befähigungen, wie die Steuerbehörden rücksichtslos den Pfänder schinden, wenn die Steuern nicht gezahlt werden können.

Gegen die Arbeiter wird der Terror immer brutaler. Das Recht, zur Erzielung von ausreichenden Löhnen, zu streiken, soll beseitigt werden. Das Arbeitszeitgesetz ist die Kette, mit der der Prolet willen- und wehrlos an die Werkbank geschmiebt werden soll. Die mittleren und unteren Beamten schufteten für Hungergehälter. Für 200 Mark im Monat schreibt der kleine Beamte die Steuerzettel gegen die notleidenden Bauern aus. Empören sich die Bauern, dann ruhen die Kapitalisten und die „nationalen“ Führer des Landbundes, die nicht genügende Erkenntnis des Bauern, um gegen die kleinen Beamten zu gehen. Die unteren Beamten müssen den Freßbock für die eigentlichen Schuldigen abgeben. Für 120 Mark im Monat muß der Polizeisoldat die Kapitalisten gegen die Empörung hungernder Arbeiter und ausgeplündeter kleiner Landwirte schützen. Dafür lehnt die Regierung jede Erhöhung der Gehälter ab.

Mit raffiniertester Boshaftigkeit heßt die besitzende Klasse die verschiedenen Schichten der Ausgebeuteten gegeneinander. Sie weiß, daß die Uneinigkeit der arbeitenden Schichten die stärkste Stütze der besitzenden Klasse ist. Den Arbeitern sagt man, der kleine Bauer sei ein Wucherer, den Bauern, der Arbeiter sei ein Freßpelz. In dieser Verwirrungsarbeit befinden sich die Agenten der Kapitalisten in allen Lagern. Die Kapitalisten kennen zu gut das Beispiel von dem Vater mit seinen Söhnen, der ihnen ein Bündel Stöcke zu zerbrechen gab. Geschlossen war dieses Bündel nicht zu zerbrechen, aber einzeln zerbrach der Alte alle Stöcke. Die Massen der werktätigen Bevölkerung müssen erkennen, daß auch sie eine geschlossene Front herstellen müssen, eine Front aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Dann sind sie unbesiegt, dann werden sie über die Ausbeuter liegen.

Während die Delegierten der Werktätigen sagen, schließen hinter verschlossenen Türen, gehen vor den Kapfen der Arbeitenden, die Agenten und Vertreter der Kapitalisten in Sachsen eine andere, eine reaktionäre Regierung zusammen.

Die Vertreter in der sächsischen Regierung haben immer nur die Interessen der besitzenden Klasse vertreten. Steuererlös wurde nur für die Großkapitalisten gewährt, die

#### Der Regierungstuhhandel in Sachsen

Die Regierungshandlungen in Sachsen gehen immer noch hinter verschlossenen Türen weiter. Praktisch dürfte aber schon feststehen, daß die Einigung auf der von uns schon angekündigten oder zumindest auf einer ähnlichen Grundlage erfolgt. Aus dem Lager der Demokraten erhebt die Neue Leipziger Zeitung die Forderung, daß die Demokraten alles tun sollen, um den Einzug der Deutschnationalen in die Regierung zu verhindern. Man solle mit den Sozialdemokraten wieder Verhandlungen aufnehmen. Diese Stimme der Demokraten wird auf die Regierungsbildung ohne Einfluß sein. Die sächsischen Demokraten werden mit den Deutschnationalen zusammen marschieren. Nur der härteste Druck der Massen vermag die einzig richtige Lösung zu erzwingen: die Auflösung des Landtages.

#### Die Antistreiberverfügung aufgehoben

Leipzig, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Auf die Berufung des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen die einstweilige Verfügung des Landgerichts Leipzig, die dem Textilarbeiterverband die Unterstützung der streikenden Textilarbeiter des Norddeutschen Wollkonzerns verbot, hat heute die Zivilkammer die einstweilige Verfügung aufgehoben. Die Kosten fallen dem Wollkonzern zur Last.

#### Die AGO droht mit Ausberrung

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Werkzeugmacher der AGO-Betriebe Kolonienstraße, Dronkheimer Straße, Friedenau und Treptow lehnen es ab, sich dem Ultimatum der AGO-Direktion zu fügen. Die Belegschaften sind mit den Werkzeugmachern solidarisiert. Außerdem haben die Werkzeugmacher der AGO Brunnenstraße die 15 Prozent Lohnerhöhung verlangt, beschlossen, heute, Sonnabend, in den Streik zu treten. Die Versammlung lehnte es ab, neue Verhandlungen abzuwarten, da das provokierende Verhalten der Direktion, die nur 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde bewilligen will, nur den Weg des Kampfes übrig läßt. In der Versammlung war ein Vertreter der Werkzeugmacher der AGO Adlershof anwesend, der erklärte, daß auch seine Kollegen heute, Sonnabend, abstimmen und gemeinsam mit den Kollegen des Wertes Brunnenstraße um 12 Uhr mittags den Betrieb verlassen werden. Am Montag werden auch die Werkzeugmacher der AGO Heunigsdorf und der AGO Turbinenstraße ebenfalls zur Lage Stellung nehmen. Auch ihnen bleibt nur der Weg des Kampfes, da ihnen die Direktion ein ähnliches schamloses Angebot machte, wie den Kollegen der übrigen Betriebe. Die AGO-Fabrikleitung hat jetzt in der Tagespresse ihre Drohung wiederholt, die Belegschaften derjenigen Betriebe, in denen die Werkzeugmacher streiken, auszulagern. Da die Werkzeugmacher auf keinen Fall kapitulieren und die Gesamtbelegschaften mit ihnen voll und ganz solidarisch sind, hat sich die Lage äußerst verschärft.